

ben seine Ausführungen über den Rückzug Maximilians II. aus der Verwaltung. Gewiß, seinem Urteil über den Monarchen oder über die wenig profilierten Innenminister Zwehl und Reigersberg ist insgesamt ebenso zuzustimmen wie seiner Einschätzung des allmählich wieder wachsenden Handlungsspielraums der politisch disziplinierten und auf die Regierungspolitik eingeschworenen Bürokratie in den 1850er Jahren. Zu wenig Beachtung schenkt er m. E. dabei jedoch den Friktionen zwischen Ministerium und Bürokratie auf der einen sowie Monarch und dessen »unverantwortlichen Ratgebern« auf der anderen Seite. Gerade weil Maximilian ebensowenig wie sein Vater die Grundbedingungen der konstitutionellen Monarchie anerkannte und seit 1848 nach Wegen suchte, den Einfluß des Landtags wieder zu beschneiden, sah er in der Zusammenarbeit von Ministerium, Bürokratie und Parlament auch und gerade eine Gefahr für seine monarchische Stellung und konterkarierte bis Mitte der 1850er Jahre die zwischen Volksvertretung und Verwaltung ausgehandelten Kompromisse. Erst sein Zurückweichen im Konflikt des Jahres 1859 leitete seinen völligen Rückzug aus der Politik ein und ebnete den Weg für die innenpolitischen Reformen, die wie die Liberalisierung der Gewerbepolitik seit Jahren überfällig waren.

Daß gerade auf dem Gebiet der Gewerbepolitik die Beamten der Montgelas-Ära und der junge Ludwig I. weitaus fortschrittlicher dachten als die Mehrheit der liberalen Kammeropposition, deren maßgebliche Vertreter selbst nach der Revolution noch die Gewerbefreiheit bekämpften, kann Götschmann in seiner abschließenden Fallstudie über den politischen Einfluß der Bürokratie ebenso detailliert belegen wie die politische Instrumentalisierung dieser Frage durch Ludwig I. oder Öttingen-Wallerstein. Denn mit Hilfe eines Entgegenkommens in dieser Frage versuchte Ludwig, wenn auch vergeblich, der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen; er entzog damit allen wirtschaftlichen Liberalisierungsanstrengungen seiner Beamten den Boden und zementierte somit die Rückständigkeit der bayerischen Wirtschaft, die erst spät den Anschluß an den Entwicklungsstand in den anderen Bundesstaaten fand. Anregende, die Fülle der richtungweisenden Ergebnisse klug zusammenfassende Schlußbemerkungen runden die voluminöse, aber durch eine klare Gliederung und ein Personenregister gut benutzbare Untersuchung ab, die nicht nur eine Lücke der bayerischen Landesgeschichtsschreibung schließt, sondern sich darüber hinaus auch als Modell für weitere Studien empfiehlt.

*Wilhelm Kreutz, Mannheim*

Thorsten Wehber, Zwischen Hannover und Preußen. Politische Parteien in Göttingen 1866–1890, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1995, 384 S., kart., 39 DM.

Rainer Sabelleck (Hrsg.), Hannovers Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz: 1866. Beiträge zu einer Tagung am 2. November 1991 in Göttingen, Verlag Hahnsche Buchhandlung, Hannover 1995, 328 S., kart., 48 DM.

Die Annexion Hannovers durch Preußen 1866 führte in dem ehemaligen Königreich zu einem parteipolitischen Dualismus, der vor allem bei den Reichstagswahlen hervortrat und sich bis zum Ende der Bismarckzeit hielt. In der Nationalliberalen Partei fanden sich diejenigen Hannoveraner zusammen, die sich mit der Annexion abgefunden hatten und die Schaffung des kleindeutschen Nationalstaates begrüßten. Ihnen stand eine äußerst heterogene Gruppe aus Großdeutschen, Konservativen, Arbeitern der Richtung Lassalles, Katholiken und Vertretern eines demokratischen Liberalismus gegenüber, die aus verschie-

denen Gründen die neue politische Ordnung ablehnten. Den Kern dieser Koalition bildeten die »Welfen«, die für die Wiederherstellung des Königreiches Hannover eintraten und sich nach der Reichsgründung in der Deutschhannoverschen Partei (DHP) organisierten; bei Wahlen verbanden sie sich mit den hannoverschen Katholiken und der Zentrumspar- tei. Neben den Nationalliberalen und den Welfen gelang es keiner anderen Partei, sich zu behaupten; erst nach 1890 löste sich diese Parteienkonstellation durch den Aufstieg der Sozialdemokratie auf. Während über die Entwicklung der Parteien auf der Provinzebene Untersuchungen vorliegen (u. a. Bernhard Ehrenfeuchter, »Politische Willensbildung in Niedersachsen zur Zeit des Kaiserreiches«, phil. Diss. Göttingen 1951; Hans-Georg Aschoff, »Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches«, Düsseldorf 1987), fehlten lokale Studien. Die solide Göttinger Dissertation von Thorsten Wehber stellt eine derartige lokale Untersuchung dar. Sie basiert auf einer gründlichen Auswertung der einschlägigen Bestände der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (hier vor allem der Nachlässe Ellissen, Heinrich Ewald, Gottlieb Planck, Hermann Sauppe), des Stadtarchivs und des Universitätsarchivs Göttingen sowie des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs Hannover und der Göttinger Zeitungen.

Die Stadt Göttingen gehörte während der Bismarckzeit zum 12. Hannoverschen Reichstagswahlkreis; dieser umfaßte außerdem die Landkreise Göttingen, Hannoversch-Münden und Duderstadt. Mit Ausnahme der Kartellwahlen von 1887 siegte im Wahlkreis regelmäßig der welfisch-katholische Kandidat, der sich dabei vor allem auf die 4 000 bis 5 000 Stimmen der katholischen Eichsfelder stützen konnte. Demgegenüber vereinigte in der Stadt Göttingen mit Ausnahme der Wahl zum Norddeutschen Konstituierenden Reichstag im Februar 1867 der nationalliberale Kandidat die meisten Stimmen auf sich. Die DHP errang in der Stadt lediglich 30 bis 40 Prozent der Stimmen, 1890 nur noch 21,6 Prozent; auf ihren Niedergang wirkte sich u. a. die wachsende zeitliche Entfernung zu den Ereignissen von 1866 aus. Zu Beginn der Bismarckzeit war die Annexionsfrage allerdings auch auf der lokalen Ebene ein allgemeiner Mobilisierungs- und Politisierungsfaktor und rief auch hier den oben beschriebenen parteipolitischen Dualismus hervor.

Wehber beschreibt ausführlich die Organisationsstrukturen, die Mitglieder- und Anhänger-schaft sowie die Führungsgremien beider Parteien in Göttingen. Während die Göttinger Welfen in stärkerer Abhängigkeit von der provinziellen Zentralorganisation, dem Hannoverschen Wahlverein in der Provinzhauptstadt, standen, blieben die Nationalliberalen gegenüber Provinz- und Reichsorganisationen weitgehend autonom. Ihre Wähler fanden die Deutschhannoveraner vornehmlich im »alten« bürgerlichen Mittelstand und in den ärmeren Schichten der Bevölkerung. Demgegenüber neigte das Wirtschaftsbürgertum den Nationalliberalen zu, in deren Führungsschicht Großkaufleute, Fabrikanten, Rechtsanwälte, Richter und Professoren dominierten; gerade die Göttinger Professorenschaft zeichnete sich durch ein reges politisches Interesse aus. Beide politischen Gruppierungen standen mit einer Reihe von Vereinen in enger Verbindung, die parteipolitische Aufgaben, wie die Mobilisierung von Wählern, übernahmen.

Wehber schließt in seine überzeugenden Untersuchungen auch die Kommunalpolitik ein. Bei den Bürgervorsteher- und Magistratswahlen spielten unmittelbar nach der Reichsgründung allgemeinpolitische Aspekte zuweilen eine größere Rolle als spezifisch kommunalpolitische Gesichtspunkte. Dies änderte sich gegen Ende der 1870er Jahre, als die Deutschhannoveraner ihre Dominanz im Bürgervorsteherkollegium verloren. Allgemein verfolgten nach Wehbers Ansicht die Welfen in städtischen Angelegenheiten eine Politik der »Bewahrung«, während sich die Nationalliberalen stärker für Modernisierungen einsetzten.

Der von Rainer Sabelleck herausgegebene Sammelband enthält z. T. überarbeitete Vorträge, die auf einer Tagung in Göttingen über Hannovers Übergang an Preußen und

im Rahmen einer gleichzeitig laufenden Ausstellung gehalten wurden. Dieter Brosius weist in seinem Beitrag »Hannover und Preußen vor 1866« darauf hin, daß die Annexionsgefahr für Hannover seit der preußischen Expansion im Westen bestand und diese die hannoversche Regierung zu einer preußenfreundlicheren Politik hätte veranlassen müssen. Wieland Sachse (»Wirtschaft und Gesellschaft des Landes Hannover im Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz, 1815–1866«) beschreibt die wirtschaftlichen Zustände des Königreiches, wo eine traditionell agrarisch-kleingewerbliche Politik einen »zögernden, sektoral und regional durchaus bemerkenswerten industriellen Ausbau« (S. 20) beeinträchtigte. Hier schließt sich Michael Mendes Beitrag (»Der fortgesetzte Wandel: Hannovers Industrialisierung und Infrastruktur vor und nach 1866«) an, der die Bedeutung des hannoverschen Eisenbahn- und Straßensystems für die wirtschaftliche Entwicklung Preußens hervorhebt. Heiger Ostertag (»Der Deutsche Krieg von 1866«) gibt einen allgemeinen Überblick über den Verlauf des Deutschen Krieges und berichtet in einem zweiten Beitrag (»Die Königlich Hannoversche Armee im Juni 1866«) über die Ausstattung, Ausrüstung und Formationen der hannoverschen Armee sowie über die Ausbildung, Einkommens- und Wohnverhältnisse ihrer Offiziere und Soldaten. Rainer Sabelleck (»Einquartierung. Zum Verhältnis zwischen Zivilbevölkerung und Militär«) schildert die Mobilisierung der hannoverschen Armee im Sommer 1866 und deren Auswirkungen auf den Göttinger Raum, während Ernst Schubert (»Die Schlacht bei Langensalza«) bei seiner Charakterisierung der für die Hannoveraner siegreichen Schlacht bei Langensalza auf die Konzeptionslosigkeit der hannoverschen Außenpolitik und Kriegführung eingeht. Heide Barmeyer-Hartlieb (»Liberale Verwaltungsreform als Mittel zur Eingliederung Hannovers in Preußen 1866–1884/85«) beschreibt die nach 1866 durchgeführten Verwaltungsänderungen in der Provinz Hannover, die, wie der Provinziallandtag und der Provinzialfonds, nach Bismarcks Vorstellung ein Vorbild für eine »Föderalisierung« Preußens sein sollten. Gerhard Schneider (»Herrschergeburtstagsfeiern in der preußischen Provinz Hannover, 1867–1871«) charakterisiert die Bemühungen der neuen zivilen und militärischen Behörden, mit Hilfe der Geburtstagsfeiern des Königs der hannoverschen Bevölkerung eine Identität als preußische Staatsbürger zu vermitteln; stärker als derartige Versuche wirkten die Person Wilhelms I. und die Siege im Deutsch-französischen Krieg integrierend. Die Reaktion in Frankreich und England auf die preußische Deutschlandpolitik verdeutlicht Gerd Unverfehrt (»Menschenfresser, Rattenfänger. Bismarcks Annexionspolitik in der Sicht ausländischer Karikaturisten«) anhand einer Reihe von Karikaturen. Michael Scheffel (»Theodor Fontane und »Der Deutsche Krieg von 1866« – ein Beitrag aus germanistischer Sicht«) befaßt sich mit Fontanes 1870/71 erschienenem Werk über den Krieg von 1866. Nach Fontane hatte Österreich die kriegerische Auseinandersetzung provoziert mit dem Ziel, den österreichisch-preußischen Dualismus zu seinen Gunsten zu lösen; der Sieg Preußens lag in seiner moderneren Staatsstruktur und Armee begründet. Rainer Sabelleck (»O Camerad, warum müssen wir deutschen Brüder uns gegenseitig todtschießen?« Langensalza in den Erinnerungen des hannoverschen Jägers Georg Steinberg«) kommentiert die 1897 erschienenen Memoiren des hannoverschen Juden Georg Steinberg, der als Soldat an der Schlacht bei Langensalza teilnahm. Er sieht darin vor dem Hintergrund des erstarkenden politischen Antisemitismus der 1890er Jahre einen Versuch zur Bekämpfung von Vorurteilen gegen Juden. Der gut lesbare Sammelband zeigt eine Reihe neuer Aspekte hinsichtlich der Ereignisse und Entwicklungen in Hannover während der Übergangszeit auf. Er schließt mit einer Auswahlbibliographie ab, in der man allerdings den einen oder anderen einschlägigen neueren Titel vermißt.

*Hans-Georg Aschoff, Hannover*